SAZ Suhler Andere Zeitung

26. Jahrgang / Nr. 07
Juli 2017
Preis: eine Spende

Monatsumschau für Links- und Querdenker

Nummer: 302

Aus der Rede von

Sahra Wagenknecht auf dem Parteitag

der LINKEN in Hannover

Dass Merkel jetzt wieder so obenauf ist, das liegt nicht an fehlender Wechselstimmung, sondern ist einfach die Folge davon, dass kein normaler Mensch Schulz mehr abnimmt, dass er für einen politischen Wechsel steht. Politikwechsel, das heißt doch nicht, Raute oder Zottelbart im Kanzleramt. Politikwechsel heißt Wiederherstellung des Sozialstaates, Abrüstung und keine neuen Kriegsabenteuer.... Deswegen ist es auch müßig darüber zu streiten, ob Merkel oder Schulz unser Hauptgegner ist. Unser Hauptgegner ist die neoliberale Politik, unser Hauptgegner ist eine Politik, die von Wirtschaftslobbyisten gesteuert wird. Unser Hauptgegner sind Politiker, die sich freuen, wenn ihnen ein Vorstandsvorsitzender auf die Schulter klopft und die sich von Konzernspenden und der Aussicht auf lukrative Aufsichtsratsmandate kaufen lassen. Das ist unser Hauptgegner, und es ist doch kein Zufall, dass die zwei großen letzten Projekte der GroKo, also die Betrugsrente, die sich Betriebsrente nennt und die Autobahnprivatisierung, einen gemeinsamen großen Profiteur haben, nämlich die Finanzwirtschaft und die Versicherungskonzerne, die regelmäßig diverse Parteien mit ihren Spenden schmieren. Es ist auch kein Zufall, dass die Rüstungslobbyisten inzwischen eben nicht nur CDU/CSU und FDP, sondern auch SPD und inzwischen sogar den GRÜNEN regelmäßig ihre Schecks rüberreichen. Ich finde, da können wir wirklich stolz sein, denn DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die noch nie einen müden Euro von irgendeinem Rüstungskonzern oder der Deutschen Bank bekommen hat! Und wir können unseren Wählerinnen und Wählern versprechen, das wird auch so bleiben... Wir ducken uns auch nicht weg vor den Kampagnenlobbys, die uns erzählen, dass die Vermögenssteuer in die politische „Pfui"-Ecke gehört, nein, wir sind überzeugt davon, dass nicht die Besteuerung von Riesenvermögen eine Enteignung ist, sondern dass es die Existenz von Riesenvermögen ist, die auf Enteignung beruht, weil nämlich niemand Milliardenvermögen erarbeiten kann... Deshalb sagen wir auch ganz klar, wenn wir eine Millionärssteuer fordern, dann ist das eine Rückgabe. Mit einer solchen Millionärssteuer würde sich die Allgemeinheit das Geld, das sich alle gemeinsam erarbeitet haben, endlich von den privaten Konten, auf denen es sich jetzt stapelt, wieder zurückholen. Sinnvolle Dinge könnten wir damit machen, gute Bildung, gute Gesundheit und gute Pflege.... Gerade deshalb kann es für uns nicht primär darum gehen, ob Regierung oder Opposition, sondern es geht darum, so stark zu werden, dass wir die anderen vor uns hertreiben können, denn dann kann man zur Not auch aus der Opposition heraus Politik verändern... für uns steht nicht die Frage, ob Regieren oder Opponieren, uns geht es darum, so stark zu werden, dass die anderen an uns nicht mehr vorbei kommen, und dann verändern wir die Politik in diesem Land.

Eine Mehrheit von 13,4 %

Nach dem ersten Durchgang der Wahlen zur Französischen Nationalversammlung überschlugen sich die Mainstreammedien derart vor Begeisterung über den Sieg der „Partei" „La République en Marche", dass sie offenbar teilweise vollends den Verstand verloren und von einer „überwältigenden Mehrheit der Franzosen" schwafelten, die Macron ein Mandat für seine „Reformen" gegeben habe. Sigmar Gabriel twitterte begeistert: „Durch-Marche... Der Weg ist frei für Reformen, in Frankreich und in Europa." Dass das „Reformen" im Stil von Schröders Agenda 2010 werden sollen, verschwieg er. Da über 50 % der Wahlberechtigten sich nicht an der Wahl beteiligten und im ersten Wahlgang nur 13,4 % der Wahlberechtigten für Macrons neue Ein-Mann-„Bewegung" stimmten, liegt die Vermutung nahe, dass eine wirklich breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger diese eher früher als später hinwegfegen kann. Wenn es um die Durchsetzung von Machtinteressen geht, sind die Meinungsmacher zwar um keine noch so plumpe Verdrehung von Tatsachen verlegen, aber auf die Dauer wirken sie nicht, auch nicht in Thüringen.

Als der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen wegen Verstoßes gegen Art. 91 Abs. 4 der Thüringer Verfassung für formell verfassungswidrig und damit nichtig erklärte, konnte man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass etliche Oppositions- und Kommunalpolitiker bemüht waren, vollendeten Unsinn zu verbreiten. Da faselte einer gar von einer „Beerdigung" der Gebietsreform und die hasserfüllten Reden nahmen an Schärfe und Unsachlichkeit weiter zu. Dabei hat der ThürVerfGH Eckpunkte der geplanten Gebietsreform ausdrücklich bestätigt.

– Eckhard Griebel –

Ein kontroverser Disput

Kennen Sie, liebe Leserinnen und Leser, eine Partei, die sich wieder auflösen will, wenn sie ihr Ziel erreicht hat? Gibt´s nicht? Gibt´s doch!

Aber der Reihe nach. Am 7. Juni hatten Norbert aus Suhl und Michael aus Themar, wie sie sich vorstellten, in die Kulturbaustelle (Kubus) eingeladen. Sie stellten einen Film von 2007 vor, in dem es um Pro und Kontra zum bedingungslosen Grundeinkommen geht, zu dessen Verfechtern seit Jahren auch unsere Parteivorsitzende Katja Kipping gehört, die im Film auch mehrfach zu Wort kommt.

Nachdem die beiden Veranstalter ihre persönlichen Beweggründe dargelegt hatten, warum sie dies befürworten, warben sie dafür, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen und die Diskussion darüber zu befördern. Daraus folgte, wie zu erwarten, eine kontroverse Debatte unter den ca. 20 an dem Thema Interessierten, darunter mehr jüngere Leute als ich´s bei manch anderer politischer Veranstaltung im Kubus erlebt habe. Das Für und Wider zum OB beinhaltet auch die Skepsis zum WIE. Klar, so schien es mir, wurde jedoch, dass da noch „dicke Bretter“ zu bohren sind, weil das bedingungslose Grundeinkommen von den Menschen gewollt sein und sozusagen „von unten“ gefordert werden muss. Deshalb informierten die Veranstalter, dass das „Bündnis Grundeinkommen (BGE)“ (www.buendnis-grundeinkommen.de) zur Bundestagswahl antreten will, um ein Votum zu diesem Thema zu ermöglichen. Das Bündnis bevorzugt kein konkretes Grundeinkommensmodell, diese Diskussion soll in den Initiativen und Netzwerken durch die Bürger weitergeführt werden. Ein Diskussionsteilnehmer kam zu der Feststellung, eine „solche zündende Idee“ bei allen anderen Parteien und ihren „ellenlangen Wahlprogrammen“ leider zu vermissen. Und meine Tischnachbarin verkündete spontan: „Ich wollte eigentlich nicht zur Wahl gehen, aber die wähle ich.“ Auch deshalb war diese Veranstaltung für mich ein überaus interessanter Abend. -Sonja Reinhardt-

Anmerkung

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ist umstritten, auch in der Partei DIE LINKE. Zweifellos hat die Idee einen gewissen sozialen Charme, denn es würde die Situation von nicht Wenigen verbessern. Es zeugt aber von wenig politischem Realismus, die Bundestagswahl zu einem Plebiszit über das Grundeinkommen machen zu wollen. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass das Grundeinkommen einen gewichtigen Platz im politischen Wahldisput einnimmt. Das ist für die Bundestagswahl 2017 nicht vorstellbar. Im Vordergrund steht für unsere Partei der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit, wie eine Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV, die Abschaffung der Kinderarmut, höhere Löhne statt höhere Profite (u.a. die Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro), existenzsichernde Einkommen, gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen, Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Erwerbslosigkeit, existenzsichernde Renten (sofortige Wiederherstellung des Rentenniveaus von 53 %, Einführung einer solidarischen Mindestrente). Das bedingungslose Grundeinkommen könnte auch zwei Grundprobleme der Gesellschaft nicht lösen: die ungerechte Verteilung der Arbeit und des erzeugten gesellschaftlichen Reichtums. Das Argument, dass bei Einführung eines Grundeinkommens Viele oder gar Alle nicht mehr arbeiten würden, hält keiner ernsthaften Betrachtung stand. – EBE–

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer August-Ausgabe 2017 ist am 21.07.2017

25 Jahre Linke Suhler Zeitung – ein Rückblick

Widerstand ist angesagt – Juli '92

„Westniveau bei Mieten – Oststandard im Wohnen“ - so charakterisierte Herr Heymel von der Suhler GEWO bei einem Hearing in Suhl die Mietsituation. Kompetente Leute aller Ebenen kritisierten scharf Bonns Bestreben, Kostenerhöhungen auf die Mieter abzuwälzen. 4442 Protestunterschriften sammelte der Suhler Mieterbund schon dagegen.

Angeprangert wurde die Bonner Forderung an die Wohnungswirtschaftsbetriebe nach Begleichung aller Altschulden – bei der GEWO sind es allein 360 Mio DM! Die Deutsche Bank „erbt“ die von den Steuergroschen der DDR-Bürger bezahlten Wohnungen und will sie nun noch einmal bezahlt haben.

Angeprangert wurde der riesige bürokratische Apparat der Oberfinanzdirektion, die bis heute noch keinen Quadratmeter Boden in Suhl für den Wohnungsbau bestätigt hat. Da hatte der Westimport Regierungsrat Kurz vom Böck-Ministerium nichts zu lachen. Als er sagte der Magdeburger Kompromiss sei tragfähig, schallte ihm aus dem Saal eine Lachsalve entgegen. Lebhafter Beifall dagegen für Peter Dietl, von unserer PDS-Landtagsfraktion, der den Punkt auf's „i“ setzte: „Nach dem Einigungsvertrag müssen die Mieterhöhungen die Einkommen berücksichtigen.“ Bei mehr als 50% der Bürger kann aber von steigenden Einkommen der Bürger nicht die Rede sein. Wie wehren? Mit Protestversammlungen und Mahnwachen, mit Kundgebungen und Unterstützung der Unterschriftensammlung des Mieterbundes. Wir sind für eine Wohngeldverbesserung und für das Grundrecht auf Wohnen in der Verfassung! (Aus der ersten Ausgabe der Suhler Kleinen Zeitung)

Bilanzzeit – Dezember ‘15

Alle Welt zieht zu ultimo Bilanz, wie immer am Jahresende – manche allerdings auch nicht. Bilanzbuchhalter waren seit eh und je dazu angehalten, die Börsen erwarteten die Ergebnisse für neue entsprechende Spekulationen. Politische Institutionen hätten gewiss schon längst einmal gründlicher Bilanz ziehen sollen, dann wären sie sicher eher auf katastrophale Versäumnisse ihrer Politik gestoßen. Und Europa wäre großes Dilemma – vorsichtig ausgedrückt - wie etwa gerade heute vielleicht erspart geblieben.

Aber das Stichwort „Bilanz“ gilt auch für unsere kleine Zeitung an der Jahresschwelle. Bald haben wir 25 Jahre voll und – wir können feststellen: Bei allen Stürmen in diesen Jahren sind die LINKEN ihrer Politik treu geblieben. Blättern wir mal etwas zurück: Im September 1992 sagte Gabi Zimmer bei einer Rede in Suhl – um ganz aktuell zu sein – der Diskriminierung und dem Ausländerhass, aber auch dem Waffenexport in Krisengebiete den Kampf an. Asylpolitik stand schon damals zur Debatte, es war Krieg in Jugoslawien, und der Brandgeruch von Lichtenhagen lag in der Luft. In den 90er-Jahren ging es in der SAZ immer wieder um die Rechtsentwicklung im Lande, um Arbeit und Arbeitsplätze, um bezahlbare Mieten und Rentengerechtigkeit – wie heute. 1993 schrieben wir z.B. über das erste Medienspektakel, sozusagen ein kleines Pressefest, organisiert unter großen Anstrengungen von vielen Mitgliedern, wenn es damals auch noch rund 1100 in Suhl allein waren.

Zur Bilanz der „Suhler Anderen Zeitung“, deren Namensgeber übrigens Bernd Will aus Goldlauter war, gehört auch, dass sie über all die Jahre das Bindeglied zwischen den Mitgliedern, ihren Organisationen, der Fraktion im Stadtrat mit ihren Abgeordneten sein wollte, diese bei Wahlkämpfen, vielen Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen begleitete. Und sie machte auch viele Wähler und Sympathisanten mit der Meinung der Linken bekannt. Wir informierten über und kommentierten regelmäßig die Kommunal- und Weltpolitik. Selbst die 490000 DM-Spende der Deutschen Bank für die CDU wurde „gewürdigt“ wie auch zum Neubau des größten Betriebes in Suhl nach der Wende „gratuliert“, des Arbeitsamtes, mit seinen 16 300 Quadratmetern für nur 35 Millionen. Und das Gebäude erinnert obendrein auch noch an das IKA-EGS-Werk, das mal auf dem Gelände stand, so dass der SAZ-Maiaufruf u.a. mahnte: „Schöner unsere Arbeitsämter, die wichtigsten Begegnungsstätten des ehemals werktätigen Volkes!“ Das und vieles andere “stand“ in der SAZ und könnte heute nach fast 25 Jahren Teil einer Bilanz sein.

Was an dieser Stelle auch dieses Jahr freilich nicht vergessen werden soll: Ihnen allen , die das hier lesen, ein schönes Weihnachtsfest auch in komplizierter Zeit und ein gutes neues Jahr. Auf dass wir uns auch 2016 wieder zu gemeinsamer nützlicher politischer Arbeit finden!

Ach, ja – auch solche Fragen stellte und beantwortete sogleich in diesen Jahren die SAZ: Warum darf ein Rechtsanwalt in Deutschland nicht zugleich Staatsanwalt sein? Weil es unmöglich ist, Recht und Staat gleichzeitig zu verteidigen.

– OLD LONG –

Sommer 2013: Marsch durch Suhl mit Friedensplakaten der PDS und der Partei DIE LINKE

Für ein Suhl ohne Waffengerassel

Von Elisabeth Pfestorf (2004)

Die Suhler Friedensinitiative hat kürzlich mit einer Aktion daran erinnert, dass sich die Stadt Suhl mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Februar 1991 zur „Stadt der Friedens“ erklärt hat.

Bei der Aktion wurden an den Ortseingangsschildern Zusatzschilder angebracht. Somit ist nun zu lesen: „Suhl - Stadt des Friedens“.

Wir wollen damit erinnern, dass dies nicht nur Worte sein dürfen, sondern entsprechende Verhaltensweisen erfordert. So bringen wir unsere Empörung darüber zum Ausdruck, dass am Wochenende der Kommunalwahlen (24. bis 28.06. 2004) auf kommunalen Grundstücken „Unser Heer“ präsentiert wird. Gerade jetzt, da mit der geplanten Umstrukturierung der Bundeswehr eine schlagkräftige, überall auf der Welt einsatzfähige Truppe gebildet werden soll, wenden wir uns gegen diese Entwicklung . ...

Liebe Leserinnen und Leser,

im Juli 1992 erschien die Erste Ausgabe dieser Monatszeitung, damals noch unter dem Titel „Suhler PDS-Informationen“.

Karlheinz Walther hat aus den vergangenen Jahren Beiträge herausgesucht, die deutlich machen, dass neben den kommunal- und landespolitischen Themen das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die Sicherung des Friedens, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus und politisch-kulturelle Veranstaltungen das Leben der PDS und der LINKEN in Suhl bestimmt haben. Zu den Beiträgen auf den Seiten 3 bis 7 dieser Ausgabe stellen wir auch ältere Fotos, von denen kein Original mehr auffindbar ist und bitten, die Bildqualität zu entschuldigen.

-Eckhard Griebel-

Einweihung der Suhler Friedenseiche am 11. Mai 2005

Veranstaltung der Deutsch-Russischen Gesellschaft zum Tag der Befreiung am Sowjetischen Ehrenmal in Suhl 2013. Zum Gedenken sprach Rüdiger Müller (SPD).

Ina Leukefeld am 6. Dezember 2006 für „Mehr Jobs“. Sie ist seit 2004 Mitglied des Thüringer Landtages mit einem Direktmandat unseres Wahlkreises. Sie wird arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion der PDS / DIE LINKE. Der Kampf für gute und sichere Arbeitsplätze und für einen öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor beginnt. Ina Leukefeld wird zur anerkannten Arbeitsmarktexpertin und zu einer vielseitig profilierten Landes - und Kommunalpolitikerin.

Konkrete Vorschläge für Beschäftigung einer Arbeitsmarktkonferenz in Suhl (SAZ Nr. 10 / 2005):

Alternativen kommunaler Arbeitsmarktpolitik

Allein seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) ist die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 35.000 gesunken. Das ist das ernüchternde Ergebnis einer einseitig auf Wirtschaftsförderung gerichteten Arbeitsmarktpolitik.

Zur Eröffnung der Konferenz warnte Frank Spieth eindringlich vor den Folgen der Massenarbeitslosigkeit, die den sozialen Frieden bedroht und die Demokratie zerstört. Deshalb komme es jetzt darauf an, die Beschäftigungsförderung durch neue Elemente zu aktivieren. Nach einer konstruktiven Diskussion, zu der sich u.a. auch Ina Leukefeld, Hans Hermann Hofmann und Christine Fiedler zu Wort gemeldet hatten, verabschiedete die Konferenz eine „Suhler Resolution“. Darin wandten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Thüringer Landesregierung und forderten:

- alle Ministerien und die gesamte Landesverwaltung in die Querschnittsaufgabe Beschäftigungsförderung einzubeziehen,
- ein Konzept zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, das über die Wirtschaftsförderung hinaus geht und vor allem die öffentlich geförderte Beschäftigung einbezieht,
- ein System unabhängiger Beratungs- und Betreuungsstellen in den Kommunen,
- keine weitere Kürzung der Mittel für die Arbeitsförderung und
- die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Die Bundestagsabgeordneten Harald Werner und Frank Spieth bei einer Aktion für den Mindestlohn im Suhler Stadtzentrum

Man wird doch mal fragen dürfen:

Stimmt es, ...

...dass Frau Merkel mit Stolz auf ihre Vergangenheit für die BRD eine neue Losung festgelegt hat: „Weniger Jammern und Picheln, mehr Hammer und Sicheln!“?

Bürgermeister Klaus Lamprecht

Links wirkt. – April ‘12

In der Kommunalpolitik können die ehrenamtlichen Räte und Verwaltungen oft nur noch auf die zunehmenden sozialen Fehlentwicklungen in dieser Gesellschaft reagieren.

Die Linke in Suhl zeichnet dabei aus, dass bei den zu treffenden Entscheidungen zuerst die Sichtweise von Betroffenen beachtet und diese in Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Meine Erfahrung ist, dass es auf diesem Weg oft zu Lösungsansätzen kommt, um wenigstens Leistungen zu sichern, auch bei notwendigen Strukturveränderungen.

Auch die Partner in Suhl wissen um die finanzielle Lage und erwarten von Linken keine Wunder, aber dass sie sowohl die Ursachen als auch die Folgen benennen. Ein Erkennungsmerkmal der Linken in Suhl ist ein sozialer Pragmatismus, der zu Lösungen führt. Fundamentalopposition hilft hier gar nicht. Wir werden nicht dafür gewählt, um vor der Tür zu warten. Nicht nur besser wissen, sondern besser können! Dazu gehört in Suhl die Berücksichtigung der konkreten Bedarfe im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung. Durch diese Offenheit in der Arbeit findet die Linke auch Partner bei notwendigen Entscheidungen. Das anerkennen die Menschen.

Im Atrium des CCS fand am 11. Dezember 2015 ein solidarisches „Adventsfest der Begegnung“ statt. In diesem Winter organisierte das Suhler Bündnis für Demokratie und Toleranz über zehn Wochen jeden Montag eine Veranstaltung gegen Rassismus und die nationalistische Bewegung von SÜGIDA.

Das Suhler Bündnis für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus beteiligt sich aktiv an einer Südthüringer Protestaktion gegen rechte Bewegungen.

Die AG Sport und Spiel organisiert auf dem Suhler Friedberg regelmäßige Spielnachmittage mit ausländischen Kindern, Jugendlichen und deren Eltern.

Spruch des Monats:
„Gott versah uns mit zwei Händen,
dass wir doppelt Gutes spenden,
Nicht, um doppelt zuzugreifen und den Reichtum anzuhäufen
In den großen Eichentruhen, wie gewisse Leute tun ...“
(Heinrich Heine)

Ina Leukefeld zum Weltflüchtlingstag 2011:

„Nach wie vor bleibt DIE LINKE bei ihren grundsätzlichen Forderungen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Diese Forderungen sind u.a.:

1. die Residenzpflicht muss zumindest innerhalb Thüringens abgeschafft werden,
2. Gutscheine müssen durch Bargeld abgelöst werden,
3. Gemeinschaftsunterkünfte sind aufzulösen,
4. Thüringen baucht eine flächendeckende, qualifizierte, unabhängige Flüchtlingssozialarbeit,
5. Die berufliche Förderung von MigrantInnen und Flüchtlingen erfordert passende Programme zur Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt,
6. Traumatisierte Flüchtlinge müssen Bleiberecht bekommen,
7. das Angebot an Sprachkursen ist zu verbessern,
8. Frauen mit Migrationshintergrund brauchen besondere Sprach- und Weiterbildungsangebote.

Man wird doch mal fragen dürfen:

Stimmt es, dass...

...die Organisatoren von SÜGIDA jeden Montag eine Menge Kreide fressen und das Thüringenlied üben, damit ihnen die Geislein auf den Leim gehen?

...die PEGIDA-Anhänger sich Europäer nennen, damit sie nicht für Nationalisten gehalten werden? Spazieren sie deshalb mit einem Meervon schwarz-rot-goldenen Fahnen?

...PEGIDAS es nicht länger ertragen können, nur untereinander von Kanaken, Bimbos, Museln und Schmarotzern geifern zu können. Auch in der „Lügenpresse“ muss endlich die Wahrheit zu lesen sein.

Das Fazit: Dem französischen Philosophen Descartes verdankt die Menschheit die Erkenntnis: „Ich denke, also bin ich.“ Er versäumte es zu erwähnen, warum es Menschen gibt, die nicht denken, aber dennoch sind .

Treffpunkte aktiver Solidarität

Tausende auf dem Hohenloh / Hunderte Soli–Unterschriften für Gysi / Musik und buntes Kinderfest / Medien im Gespräch

Es waren mehrere Tausend, die auch in diesem Jahr zum Linken Medienspektakel zum Hoheloh gepilgert waren. Der Grund war immer wieder das freundschaftliche Gespräch mit anderen Menschen, deren Herz ebenfalls links schlägt, die Teilnahme an den anregenden Gesprächen mit Politikern, Künstlern, Journalisten, Bundestags-, Landtags- und Stadtratsabgeordneten der PDS. Motiv für's Dabeisein war der Gedankenaustausch über das, was die Menschen heute bewegt, über die Arbeitslosigkeit und deutsche Militärstiefel in anderen Ländern, über steigende Mietbelastung und Umweltzerstörung, über Wege gegen den Abbau von Demokratie, sozialer Errungenschaften und Kultur in der Stadt, auch die Sorge um das „rauhe Klima" in der PDS und anderes. Das niveauvolle Programm war kein Spektakel wie landauf, landab hunderte Wochenendfeste, sondern ein geistvoller Treffpunkt der Solidarität mit Gleichgesinnten.

...Mitten in der freundschaftlichen Atmosphäre Lothar Bisky und die streitbare öko-linke Politikerin Jutta Ditfurth aus Frankfurt, Gisela Karau und Armin Stolper, und Landolf Scherzer sah man im Gespräch mit seinem „Ersten".

... Hunderte Zuschauer verfolgten dicht gedrängt die Diskussion zum Thema „2000 - Der Countdown läuft", moderiert von Dr. Peter Hoff, Fernsehkritiker des ND. Dabei ging es um die Frage, wie die Linken ohne Rücksicht auf die von ihnen vertretenen Parteien gemeinsam notwendige gesellschaftliche Veränderungen bewirken können. Bisky plädierte im Gespräch mit dem spanischen Schriftsteller und Philosophen Heleno Sana dafür, die PDS müsse – bei allen langfristigen Visionen – die Tagesnöte der Menschen z.B. auch hier in Suhl zur konkreten Politik machen. ... Heidi Hasse, ehemals Journalistin beim DDR-Fernsehfunk, sprach in der Runde „Powerfrau oder Ostmutti" mit Frauen, darunter mit Gabi Zimmer. Abgerundet wurde das Programm durch Folklore-Sänger und Rock-Bands sowie ein großes Kinderfest.

1995: Hunderte verfolgten gespannt die Gesprächsrunde mit Jutta Ditfurth, Lothar Bisky, Peter Hoff (von rechts) beim Medienspektakel...

Auch beim Sommerfest: Gespräche zur aktuellen Politik und gute Unterhaltung (hier 2008 und 2012)

Verkehrte (verrückte) Welt

Zwei Orte, gleiche Zeit, gleiches Thema: Die Gebietsreform.

Im Thüringer Landtag findet gerade der Jahresempfang der Fraktion DIE LINKE statt. Ministerpräsident Bodo Ramelow kommt in seiner Rede auch auf seinen kürzlichen Besuch in Suhl zu sprechen und zeigt sich besonders beeindruckt von der touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung Vessers, dem kleinsten Suhler Ortsteils, welchen er sich angeschaut hatte. Sowohl Vesser als auch die anderen Ortsteile von Suhl, wie Goldlauter-Heidersbach, Wichtshausen, Albrechts, Dietzhausen profitieren seit Jahren von der Zugehörigkeit zu Suhl. Und sie sind trotzdem eigenständige Dörfer geblieben, die ihren Charakter und ihre Traditionen bewahrt haben. Deshalb versteht Herr Ramelow auch nicht, dass gerade das benachbarte Zella-Mehlis, das schon heute so viel mit Suhl verbindet wie z.B. Autobahn, Stadtwerke, Nahverkehr, sich so vehement gegen ein Zusammengehen mit Suhl wehrt. Die Gestaltung eines Oberzentrums in Südthüringen, effiziente Verwaltungsstrukturen, größere Leistungsfähigkeit einer starken Region, das sind, so sagt er, klare Argumente für die Gebietsreform, an der die rot-rot-grüne Landesregierung festhalten will, weil sie eben sinnvoll und zukunftsweisend ist. Und das für ganz Thüringen, nicht nur für die Region hinterm Rennsteig.

In Zella-Mehlis gibt es gerade eine Einwohnerversammlung zum gleichen Thema. Dort will man, dass alles so bleibt, wie es ist. Kooperation mit der benachbarten Stadt Suhl ja, nur keine Fusion. Wie eine Kooperation aussehen soll, darüber fällt kein Wort, nur, dass man keine Fusion will, wird lautstark intoniert. Unzugänglich allen Argumenten, keine Diskussion über Für und Wider. Diskussionsbereite oder auch andersdenkende Menschen outen sich erst gar nicht bzw. gehen nicht zu diesen Veranstaltungen, vor lauter Angst, gesteinigt zu werden. Schuld an dem ganzen Dilemma hat natürlich die rot-rot-grüne Landesregierung, der jetzt ein rauer Wind von den Zellaern und Mehlisern entgegen weht. Sie hat in verschiedenen Veranstaltungen im Vorfeld zwar versucht, den Bürgern zu vermitteln, dass sie Interesse an einer starken Region und ihrer Zukunftsfähigkeit hat. Ihre Argumente prallten und prallen aber bis heute wirkungslos ab, man ist halt nicht gewillt, an sinnvollen Veränderungen mit zu wirken.

– Helmut Hellmann –

Abschiebestopp nach Afghanistan

Die Thüringer Landesregierung wird sich für einen bundesweiten Abschiebestopp von Flüchtlingen nach Afghanistan einsetzen und einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat einbringen. Die drei Koalitionsfraktionen hatten sich gemeinsam dafür eingesetzt und eine aktuelle Stunde des Landtags dazu anberaumt.

Im krassen Gegensatz dazu waren die Positionen der CDU von Ignoranz und Zynismus geprägt. So wurde gefordert, Menschen ohne Bleiberecht müssten abgeschoben werden. Dass diese Abschiebung mit großer Wahrscheinlichkeit eine Reise in den Tod ist, scheint sie nicht zu stören. Das ist inhuman! Der Abgeordnete Herrgott (CDU) forderte, die Bewertung der Sicherheitslage sei Sicherheitskreisen zu überlassen. Indes reichen die alltäglichen Nachrichten aus dem Land für eine verantwortungsvolle Bewertung aus.

– EBE –

Beifall von der falschen Seite

Gegen Beifall von der falschen Seite kann man sich bekanntlich nicht schützen, man kann sich nur dagegen verwahren. Wenn aber die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag dem AfD-Innenpolitiker Jörg Henke „großen Beifall“ spendet (FW 22.06.2017, S.3), nachdem dieser dem CDU-Fraktionschef Mohring bescheinigt, er habe ja schon alles gesagt, wird einmal mehr deutlich, dass sich die CDU- und AfD-Fraktionen gegenseitig nicht für die falsche Seite halten. Im Gegenteil: dieser Vorgang scheint erneut darauf hin zu deuten, dass sie offenbar einen gemeinsamen Ideologie- und Politikvorrat haben.

– EBE –

Geschäftsstelle

Vom 13.07. bis 03.08. findet donnerstags kein ehrenamtlicher Dienst statt. Die Geschäftsstelle ist jedoch unregelmäßig geöffnet.

Mittwoch, 5.Juli 2017
19.00 Uhr, CCS Türmchen

Auf der Suche nach der „menschlichen Innenwelt“, oder: „Warum Menschen sowas mitmachen“

Ein Überblick zu historisch-materialistischen und psychologischen Antwortmöglichkeiten
Mit Prof. Dr. Manfred Weißbecker (Jena)

Eine Veranstaltung des Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

Vorankündigung!

Am Samstag, dem 26. August 2017, findet ab 14.00 Uhr an der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Am Himmelreich 2a das diesjährige Sommerfest der Suhler LINKEN unter dem Motto:

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle

statt. Wie immer wird es viel Politik und Kultur zum Anfassen geben.
Zu Gast werden unsere Kandidaten für die Bundestagswahl Kersten Steinke (MdB), und Steffen Harzer (Kandidat für unseren Bundestagswahlkreis) sein.

Auch für das leibliche Wohl wird wieder bestens gesorgt.

Noch Plätze frei nach Budweis

Für unsere Busreise vom 28.09. bis 01.10.2017 sind noch einige Plätze frei.
Der Preis beträgt für Busfahrt u. Ü/F ca. 170 EURO p.P. im DZ, (ca. 200 EURO im EZ)
Anmeldungen bitte schriftlich beim Stadtvorstand oder per E-Mail an rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

Reiner Miersch

Termine Juli 2017

Mi	05.07.	19.00 Uhr	Auf der Suche nach der „menschlichen Innenwelt“ oder „Warum Menschen so etwas mitmachen“, Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Manfred Weißbecker (Jena) CCS, Türmchen, Friedrich-König-Str. 7
Di	11.07.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	12.07.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	26.07.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle